



BaumEntscheid begrüßt Kontrollrat, doch ohne Personal und Budget droht BäumePlus-Gesetz ein verlorenes Jahr

Berlin, 20. Mai 2026 – Nach der öffentlichen Kritik vom BaumEntscheid e.V. an Verzögerungen beim Berliner Klimaanpassungsgesetz hat der Senat gestern nun den per § 17 und 18 gesetzlich vorgeschriebenen Wissenschaftlichen Kontrollbeirat für Klimaanpassung angekündigt. Die Initiative begrüßt dies ausdrücklich. Zugleich bleiben zentrale gesetzliche Aufgaben weiter offen – insbesondere Personalstellen, Fachbudgets, das Umsetzungsplanungsprojekt nach §22 sowie die Novelle der Baumschutzverordnung. Nach Einschätzung des BaumEntscheid e.V. droht sich die Gesamtumsetzung bereits um bis zu zwölf Monate zu verzögern.

Das BäumePlus-Gesetz, als Berliner Klimaanpassungsgesetz seit 21. Nov. 2025 in Kraft, schreibt vor, dass innerhalb der ersten sechs Monate u.a. der Wissenschaftliche Beirat, ursprünglich als Kontrollrat definiert, eingerichtet sein muss. Dass dessen Zusammensetzung nun kurz vor Ablauf der Frist, gestern angekündigt wurde, ist gut. Dabei sind bislang weder Geschäftsstelle, Arbeitsprogramm, Ressourcen noch die Wissenschaftler konkret benannt worden.

Dennoch darf diese Pflichterfüllung nicht ablenken. Entscheidend bleibt der §23 des Gesetzes: Personal- und Sachmittel müssen rechtzeitig bereitstehen. Genau dort liegt derzeit das eigentliche Umsetzungsrisiko. Sollten Mittel erst Ende des Jahres über einen Nachtragshaushalt bereitgestellt werden, könnten nötige Stellen frühestens 2027 ausgeschrieben und erst Mitte 2027 besetzt werden.

Heinrich Strößenreuther, Initiator und Vorstand BaumEntscheid e.V.: „Gut, dass der Senat beim Wissenschaftlichen Beirat geliefert hat. Genau dafür gibt es gesetzliche Fristen. Aber ein Beirat allein pflanzt noch keinen einzigen Baum. Jetzt müssen Personal, Budget und Projektstruktur folgen – sonst verlieren wir ein Jahr. Denn Bäume wachsen nicht schneller, nur weil die Verwaltung später anfängt.“

Auf Wunsch von CDU, SPD und Senat wurde der ursprüngliche Kontrollrat Klimaanpassung in „Wissenschaftlicher Beirat“ umbenannt. Seine zentrale Aufgabe bleibt jedoch bestehen: unabhängig zu prüfen, ob die gesetzlichen Fristen und Umsetzungsaufgaben tatsächlich eingehalten werden. Der Beirat startet bereits in einer kritischen Phase. Ohne Personal und Umsetzungsmittel droht schon zu Beginn eine erhebliche Verzögerung. Dann wären gesetzliche Nachsteuerung und Sofortmaßnahmen schnell kein theoretisches Szenario mehr.

Vicky Pasternak, Sprecherin Forschungs- und Hochschulcluster BaumEntscheid e.V.: „Beim Beirat alias Kontrollrat müssten bereits vor dem ersten Arbeitstag alle Alarmglocken schrillen. Das fehlende Personal und Budget bedeuten schon mindestens ein Jahr Verzögerung, sodass der Senat unmittelbar das vorgeschriebene Sofortprogramm vorlegen müsste.“

Die hauptsächliche Kritik des BaumEntscheid e.V. richtet sich jedoch weiter an die Senatsverwaltung für Finanzen und an die Haushaltspolitiker von CDU und SPD. Weder Stellen noch Budgets für konsumptive Mittel (Personalstellen, Fachberater-Budgets) sind bisher für das Umsetzungsplanungsprojekt vorgesehen. Die ursprüngliche Kostenschätzung lag bei 7 Milliarden Euro. Das Gesetz wurde auf 3,2 Milliarden Euro heruntergerechnet – durch Effizienzmaßnahmen, Standardisierung und neue Finanzierungsmodelle. Werden die Vorarbeiten jetzt verschleppt, drohen erhebliche Mehrkosten.

Zum Hintergrund: Das Berliner Klimaanpassungsgesetz, ehemals BäumePlus-Gesetz, wurde am 3. November 2025 nach Verhandlungen mit CDU, SPD und Senat parteiübergreifend einstimmig beschlossen. Es macht Berlin fit für die Folgen des Klimawandels und verankert wirksamen Schutz vor Hitze, Dürre und Extremwetter verbindlich im Landesrecht. Der entscheidende Impuls für dieses bundesweit beachtete Gesetz ging von der NGO BaumEntscheid e.V. aus: Mit ihrer Volksentscheidsinitiative hat sie den politischen Prozess angestoßen, fachlich geprägt und der Stadtgesellschaft den Weg zu einer konkreten, umsetzungsstarken Klimaanpassung eröffnet.



In dem Gesetz sind präzise Umsetzungsaufgaben rechtlich vorgegeben; folgende Fristen des Berliner Klimaanpassungsgesetzes laufen am 21. Mai 2026 aus: Einsetzung des Wissenschaftlichen (Kontroll-)Beirats nach § 17 (1) samt Budget für Ausarbeitungen und Geschäftsstelle, Verabschiedung der Novelle der BaumschutzVO gem. § 21, Vorlage des Projektauftrages für das Umsetzungsplanungsprojekts gem. § 22 (1) u. (4) und Sicherung der Personal- und Sachmittelverfügbarkeit gem. § 23 (3) Schlussbestimmungen.

Kontakt:

BaumEntscheid e.V. – Pressestelle, Heinrich Strößenreuther, presse@baumentscheid.de

Im Anschluss an das Senats-Pressegespräch am 21.05.26 stehen wir für Erläuterungen zur Verfügung – rufen Sie uns gerne an.

Gleichzeitig weisen wir die Sitzung des Umweltausschusses am 28.05.2026 zum Umsetzungsstand des Klimaanpassungsgesetzes hin, auf der H. Strößenreuther als Sprecher eingeladen ist:

<https://www.parlament-berlin.de/ad0s/19/UK/einladung/uk19-069-e.pdf> und
<https://www.parlament-berlin.de/ad0s/19/UK/einladung/uk19-069-em1.pdf>.

Quellen und weiterführende Links:

- Mehr Informationen über den BaumEntscheid: <https://www.baumentscheid.de>
- Link zum am 21. November 2025 in Kraft getretenen Berliner Klimaanpassungsgesetz (BäumePlus-Gesetz: <https://www.baumentscheid.de/klimaanpassungsgesetz>
- Link zu den Paragraphen zum wissenschaftlichen Kontrollbeirat § 18 ff: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-KlimaAnpGBEpP1>
- Pressemitteilung zu den diversen Verzögerungen und Fristrisiken: https://b03711af-af19-4c36-afcf-38371a6d92bb.usrfiles.com/ugd/b03711_156284cbeb4a4f89b191a8a9a92db29f.pdf
- Pressemitteilung des Senats zur Einrichtung: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1672176.php>
- Link zum Newsletter des BaumEntscheid e.V.: <https://www.baumentscheid.de/informiert-bleiben>
- Hinweis zu Spenden und Fördermitgliedschaften: <https://www.baumentscheid.de/unterstuetzen>

Mehr über die Initiative BaumEntscheid e.V.:

Der **Volksentscheid Baum** – initiiert im August 2023 von **Heinrich Strößenreuther** und **Génica Schäfgen** – hat mit dem **BäumePlus-Gesetz** Deutschlands erstes konkretes und verbindliches **Klimaanpassungsgesetz für die kommunale Umsetzung** auf den Weg gebracht. Über 150 Ehrenamtliche und Fachleute arbeiteten am Entwurf, der im Mai 2024 an den Senat übergeben und am **3. November 2025** – ein Jahr früher als geplant – **einstimmig im Abgeordnetenhaus** beschlossen wurde. Der BaumEntscheid gilt inzwischen als historisches Beispiel **bürgergetriebener Klimaschutzpolitik**: Er zeigt, dass Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam Lösungen schaffen können – für eine **grünere, kühlere, lebenswertere Stadt**.

Am 21. November 2025 ist das Gesetz in Kraft getreten. Das Gesetz verpflichtet Berlin zu einer **Million Straßenbäume** bis 2040, 700.000 davon sind neu oder nachzupflanzen. Bis 2040 sollen in den **170 Hitzevierteln** rund **4.000 Mini-Parks** und **100 größere Grünflächen** entstehen, **Regenwasser** lokal genutzt und die Temperaturen **um bis zu zwei Grad mit mehr Stadtgrün gesenkt** werden. Es enthält eine **Pflicht zur Gesundheitspflege**, eine **Ersatzquote von 1:3 bei Fällungen** und schreibt vor, Pflegeprozesse regelmäßig zu überprüfen. Damit werden Stadtnatur und „blau-grüne Infrastrukturen“ erstmals als **Infrastrukturen gemäß Sondervermögen** anerkannt – mit einem Finanzrahmen von **3,2 Milliarden Euro bis 2040**. Mit dem Beschluss entfällt der ursprünglich für **September 2026** geplante Volksentscheid. Das Gesetz tritt **ein Jahr früher** in Kraft, sodass **Pflanzung und Pflege** bereits ab 2025 beginnen können. Der BaumEntscheid begleitet die Umsetzung, stärkt die **Bürgerbeteiligung** beim Pflanzen und unterstützt **andere Städte**, das BäumePlus-Gesetz als **Vorbild für eigene Klimaanpassung** zu nutzen. Der gemeinnützige BaumEntscheid e.V. bittet zur Unterstützung dieser Arbeit um **Spenden** und **Fördermitgliedschaften**.